

vierteljährlich im Stadt-, Orts- und Nachbarkreisverkehr M. 3.80 außerhalb M. 3.40 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des Blattes kostet 10 Pf. Erscheinungsweise täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Gegründet 1877.



Die 1spaltige Zeile oder deren Raum 20 Pf. Die 2spaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf. Mindestpreis eines Auftrags M. 1.50. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Bei gerichtl. Unterbreitung u. Konkurven ist der Rabatt fällig.

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. Für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 288

Druck und Verlag in Altensteig.

Mittwoch, den 10. Dezember

Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler.

1919.

Zwei Notizen des Obersten Rats.

Paris, 9. Dez.

Die am Samstag vom Obersten Rat fertiggestellten Antwortnoten (statt deren Clemenceau ein Ultimatum senden wollte. D. Schr.) wurden am Montag dem deutschen Vertreter Fehr v. Versner übergeben. Sie lauten nach Folgendem:

Erste Note.

Der Präsident des Obersten Rats nahm Kenntnis von der Mitteilung, die Sie am 1. Dezember namens der deutschen Regierung übermittelten. Die Notizen vom 1. und 22. November haben die Verantwortung der deutschen Regierung an der Verzögerung der Ratifikation des Friedensvertrags festgestellt. Die Schlussfolgerungen werden aufrechterhalten. Die Bemerkung über das angebliche Recht Deutschlands, als Ausgleich für die Abwesenheit der amerikanischen Abordnung in den Kommissionen bis zur Ratifizierung des Friedensvertrags durch die Vereinigten Staaten an den Bestimmungen über die Auslieferung der Schuldigen und die Rückkehr der Kriegsgefangenen Änderungen vorzunehmen, ist unbegründet. Nach den endgültigen Bestimmungen des Vertrags tritt derselbe in Kraft von dem Augenblicke an, da er von Deutschland und drei der hauptsächlichsten der a. und a. Mächte ratifiziert ist. Deutschland versucht vergeblich, diese Inkraftsetzung von der Voraussetzung der Anwesenheit amerikanischer Bevollmächtigten in den Kommissionen abhängig zu machen. Es ist ungenau, daß der deutsche Standpunkt in dieser Angelegenheit am 14. Oktober angenommen worden sei. Es ist gleichfalls ungenau, daß v. Simon und v. Versner am 20. November zu mündlichen oder schriftlichen Verhandlungen über das Protokoll eingeladen wurden. Es wurde ihnen einfach gesagt, daß nach der schriftlichen Note die deutsche Regierung schriftlich auf die Bedingungen antworten müsse, die darin festgesetzt waren.

Der Oberste Rat ist der Ansicht, daß der Art. 221 des Friedensvertrags vollständig klar ist und daß er nicht ergänzt werden muß. Frankreich erklärte mehrmals, daß es die Gefangenen zum Zeitpunkt der Inkraftsetzung des Friedensvertrags freilassen werde. Es hat keinen Grund, dies neuerdings zu wiederholen. Der Oberste Rat äußert sich nur zu den Bemerkungen auf die Entschädigungsfrage für die Zerstörung der deutschen Flotte in Scapa Flow und die Ankündigung eventueller militärischer Zwangsmaßnahmen, die in der Note der Alliierten vom 1. November gemacht worden ist.

Bevor die a. und a. Mächte ihr Begehren stellen, drängen sie die Frage. Sie teilen die Beschränkungen der deutschen Regierung wegen der wirtschaftlichen Folgen nicht, die für die deutschen Häfen entstehen könnten. Sie halten das Protokoll, so wie es aufgesetzt wurde, aufrecht. Nachdem die a. und a. Mächte die Schwimmboots, die schwimmenden Kräne, die Schlepper und die Bagger, die im Protokoll verlangt werden, erhalten haben, werden sie ihre Auswahl treffen, wobei der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der deutschen Häfen Rechnung getragen werden soll. Wenn dann die deutsche Regierung beweisen zu können glaubt, daß eines der genannten Begehren geeignet ist, Deutschland die Befriedigung der berechtigten Bedürfnisse bezügl. die Aufrechterhaltung der Flugschiffahrt und anderer wirtschaftlichen Lebensinteressen der gleichen Art unmöglich zu machen, so kann die deutsche Regierung den a. Großmächten Forderungen stellen. Diese Mächte sind bereit, solche Begehren in gerechter Weise nach Anhörung der Wiedergutmachungskommission zu prüfen.

Was die Unterzeichnung des Protokolls vom 1. November betrifft, so ist der Oberste Rat der Meinung, daß erst die Unterzeichnung des genannten Protokolls und die Niederlegung der Ratifikationsurkunde, die Inkraftsetzung des Friedensvertrags und damit den Eintritt des Friedenszustands herbeiführen. Von da an werden die Durchführung der Bestimmungen des Protokolls, die Bedingungen für die Inkraftsetzung des Friedensvertrags von den im Völkerecht anerkannten Notizen garantiert. Bis zur Inkraftsetzung des Friedensvertrags rufen wir Deutschland zum letztenmal in Erinnerung, daß die Kündigung des Waffenstillstands genügt, um den verbotenen Anmarsch jede Berechtigung zu verleihen, diejenigen militärischen Maßnahmen durchzuführen, die als nötig erachtet werden. In diesem Sinne erwarten wir

die unterzeichnete Unterzeichnung des Protokolls und die Niederlegung der Ratifikationsurkunde. Clemenceau.

Zweite Note.

Am 27. November haben Sie mir ein Schreiben vom 24. Nov. zugehen lassen, in dem die deutsche Regierung sich weigert, den von den a. und a. Mächten durch Note vom 1. Nov. aufgestellten Forderungen Genüge zu leisten, die sich auf die Zerstörung der deutschen Flotte in Scapa Flow am 22. Juni 1919 bezogen, und vorschlägt, die Frage dem Schiedsgericht zu unterbreiten. Die deutsche Regierung gibt heute vor, daß die Zerstörung in nichts eine Verletzung der Verpflichtung Deutschlands darstelle, da die Kriegsschiffe im Augenblick ihrer Zerstörung dazu bestimmt waren, den a. und a. Mächten ausgeliefert zu werden, daß die Zerstörung vielmehr den Alliierten selbst zur Last falle, da sie — im Widerspruch zu Art. 23 des Waffenstillstandsvertrags — diese Kriegsschiffe nicht in einem neutralen, sondern in einem feindlichen Hafen interniert hätten. Die a. und a. Mächte können in der deutschen Denkschrift nichts anderes als einen schwer zu erklärenden Versuch erblicken, freiwillig die Inkraftsetzung des Vertrags und die endgültige Wiederherstellung des Friedenszustandes zu verzögern. Auf die Note vom 3. September 1919, die nach Kenntnisnahme der authentischen Erklärungen des kommandierenden Admirals der zerstörten Flotte an die deutsche Regierung gerichtet war, hat die deutsche Regierung — weit davon entfernt, die Verpflichtungen zu erkennen, die aus dieser Angelegenheit gegenüber den Alliierten erwachsen — im Gegenteil geltend gemacht, daß der Admiral in demsigen die Absicht hatte, die Verpflichtungen zu verletzen, die die deutsche Regierung in Bezug auf diese Maßnahme hatte. Die deutsche Regierung anerkennt selbst, daß der Kommandant bei der Zerstörung der deutschen Flotte gemäß den allgemein geltenden Bestimmungen gehandelt habe. Sie fügt bei, daß es dem Admiral nicht unbekannt war, daß die deutschen Vorschläge selbst hinsichtlich der Friedensbedingungen die Inrechnungstellung der Flotte auf das Konto der Wiedergutmachungen vorzählen. Schrieb der Chef der deutschen Admiralität nicht geheim an Admiral v. Reuter in Scapa Flow unter dem 6. Mai 1919: „Welche Wendung das Los der Schiffe unter dem Druck der politischen Ereignisse nehmen möge, es wird nicht ohne uns entschieden werden. Es wird durch uns selbst vollzogen und eine Auslieferung an den Feind bleibt ausgeschlossen.“ Es ist dies genau die nach den Weisungen der deutschen Regierung erfolgte Zerstörung dessen, was Deutschland im Gegenteil an die a. und a. Mächte ausliefern sollte, welche Zerstörung — welche auch im übrigen die verbindliche Verantwortung des Admirals v. Reuter für seine Anordnungen sei — eine Verletzung des Waffenstillstands und gleichzeitig eine Handlung darstellt, die darauf abzielt, bereits eingegangene und vor der endgültigen Unterzeichnung verbindliche Verpflichtungen umzuklopfen.

Schließlich ist es kaum nötig, daran zu erinnern, daß die Rede von Scapa Flow an Stelle eines eigentlichen neutralen Hafens in jeder Hinsicht dem Buchstaben und dem Geiste des Art. 23 des Waffenstillstandsvertrags entspricht. Unter diesen Umständen sind die a. und a. Mächte der Ansicht, daß die deutsche Regierung heute nicht die ihr zufallende Verantwortung verleugnen oder versuchen sollte, die Lösung von Kriegsereignissen, deren Regelung nur den genannten Mächten zustand, im Schiedsgericht zu finden. Die a. und a. Mächte laden demzufolge die deutsche Regierung ein, gemäß der Note vom 1. November ohne Verzug das Protokoll zu unterzeichnen, das die Regelung des Austausch und der Ratifikation zur Inkraftsetzung des Friedensvertrags gestattet, um so die Rückkehr des normalen Lebens und die Milderung der Leiden der Völker zu sichern.

Zur Kennzeichnung der mit geradezu infernalischer Bosheit ausgeführten Beweisführung des Obersten Rats sei vorläufig nur darauf hingewiesen, daß einerseits der deutschen Regierung unterlegt wird, sie habe dem Admiral v. Reuter die Weisung zugehen lassen, die Schiffe zu versenken, — damit der „verantwortlichen“ Regierung gegenüber neue Erpressungen verübt werden können und ihr die Schuld am „verzögerten Friedenszustand“ und der Zurückhaltung der Gefangenen zugeschoben werden kann. Andererseits wird der Admiral v. Reuter ver-

antwortlich gemacht, damit man an ihm sein Mäuschen fällen kann. Das eine schließt aber das andere aus; denn wenn der Admiral auf Weisung von Berlin gehandelt hätte, so würde ihn ja keine Verantwortung mehr treffen. Dazu kommt, daß die deutsche Flotte nicht ausgeliefert, sondern nur interniert war, die Feinde hatten also kein Verfügungs- oder Besigrecht. Das Schöne ist aber, daß die zwangsweise Verbringung der Flotte nach der englischen Reede Scapa Flow ein brechen der Vertragsbruch der Entente war, denn nach dem Waffenstillstandsvertrag sollten die Schiffe in einem neutralen Hafen untergebracht werden. Die deutsche Regierung war also im vollen Recht, als sie der Entente die ganze Schuld zuschob. Aber die Entente hat die Macht, den Spieß umzudrehen und aus Recht Unrecht, aus Unrecht Recht zu machen und sie macht davon seit 13 Monaten den ausgiebigsten Gebrauch.

Pressstimmen zu den Notizen der Entente.

WZ. Berlin, 10. Dezbr. Die Notizen der Entente sind, wie die „Berliner Volkszeitung“ schreibt, im Ton entgegenkommender, als mehrfach angenommen wurde. Sachlich enthielten sie ein Entgegenkommen insoweit, als der Schlussatz des Protokolls fallen gelassen wurde, wonach die Entente jederzeit militärisch gegen uns vorgehen konnte, und als über gewisse Erleichterungen in der Auslieferung der Docks Verhandlungen stattfinden können. Es wäre falsch, sagt das Blatt, die Notizen sehr optimistisch anzusehen. Sie können in ihrem materiellen Inhalt nicht schwer genug genommen werden. Aber es ist falsch, sich jetzt in leeren Protestreden zu erschöpfen, vielmehr gebietet das deutsche Interesse, durch geschickte Verhandlungen alle Besserungsmöglichkeiten wahrzunehmen und die Verhandlungen durch eine offene und lokale Politik wirksam zu unterstützen.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Die Notizen des Obersten Rats enthalten weder, wie man prophezeit hatte, eine formale Ultimatumandrohung, noch bieten sie für jede Wiederanknüpfung der Fäden ein nicht zu befechtendes Hindernis. Der Ton ist herrlich, aber hinter den kalten Steinquader, mit denen der Oberste Rat sich umgibt und abschließt, weht ein kleines Lüftchen der Versöhnlichkeit. Von Bedeutung ist nun die Frage, ob das keine Zugeländnis eine für Deutschland annehmbare Lösung möglich erscheinen läßt. So wie es jetzt aussieht, hat es noch wenig Wert. Es kann Wert gewinnen, wenn die Entente sich über die Verminderungen ihrer Forderungen vor der Unterzeichnung des Schlussprotokolls mit Deutschland verständigen will, statt hinterher.

In der Entschädigungsfrage für Scapa Flow unter Wahrung unseres rechtlichen Standpunktes dem Verlangen der Gegner einen Schritt entgegenzukommen, rät der „Berliner Lokalanzeiger“. Vielleicht daß auf diese Weise schon jetzt erreicht werde, daß die Entente es zu den von uns als unaussprechlich bezeichneten schweren Beeinträchtigungen unserer wirtschaftlichen Lebensinteressen nicht erst kommen lasse.

Wie die „Vossische Zeitung“ sagt, hat Deutschland in seiner Not keine anderen Helfer als das klare Ergebnis seiner gegenwärtigen Lage und die Notwendigkeit seiner künftigen Existenz.

Der Presschef der Reichsregierung, Ministerialdirektor Kaufke, stellte gestern Abend in einem Vortrag fest, daß die Machtpolitik der Entente überwiegend Angstpolitik sei.

Die Mitteilung der deutschen Regierung.

WZ. Berlin, 9. Dez. In der ersten Ententenote ist gleich zu Anfang die Rede von einer Mitteilung, die der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Versailles am 1. Dezember dem Obersten Rat namens der deutschen Regierung gemacht hat. Diese Mitteilung beruht auf folgenden Instruktionen, die Herr von Versner vom Auswärtigen Amt gegeben wurden:

1) Die ausgesprochenen Zweifel in die aufrichtige Absicht, die Bestimmungen des Waffenstillstands und des Friedensvertrags zu erfüllen, sind unbegründet. Die deutsche Regierung vermahnt sich gegen den Vorwurf, für die Verzögerung des Inkrafttretens des Friedensvertrags verantwortlich zu sein. Bereits am 16. Juli haben wir ratifiziert. Seitdem warten wir darauf, daß die zur Errichtung des ersten Ratifikationsprotokolls erforderliche Zahl ratifizierender Hauptmächte zusammenkam. Der deutsche Vertreter in Paris war seit langem mit Vollmachten zur Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls versehen. Erst am 2. November wurde uns davon Kenntnis gegeben, daß England, Frankreich und Italien die Ratifikation voll-



zogen. Diese 3 Mächte haben aber nicht ihre Bereitwilligkeit erklärt, den Frieden durch Errichtung des Ratifikationsprotokolls ohne weiteres in Kraft zu setzen, sondern haben hierfür neue schwere Bedingungen gestellt, die in keiner Beziehung zum Friedensvertrag stehen.

2) Die deutsche Regierung wünscht nach wie vor eine schnelle Herstellung des Friedenszustandes durch Inkraftsetzung des Versailler Vertrags.

3) Ein großer Teil der Vertragsbestimmungen steht die Beteiligung Amerikas vor. Sollten übrigens diese ohne Amerika in Kraft gesetzt werden, so wird, wie dies auch von der Gegenseite zugegeben wird, eine besondere Vereinbarung zwischen Deutschland und den ratifizierenden Mächten erforderlich, die sich natürlich nicht auf die Bestimmungen über die Gebietsfragen im Osten beschränken dürfte. Wir sind bereit, in dieser Hinsicht weiteres Entgegenkommen zu zeigen. Die Beteiligung Amerikas wird jedoch von der deutschen öffentlichen Meinung als eine bedeutsame Garantie betrachtet. Unsere Zustimmung zur Inkraftsetzung der in Rede stehenden Bestimmungen trotz des einseitigen Fernbleibens Amerikas bildet daher für uns ein Opfer, für das wir ein entsprechendes Entgegenkommen in erster Linie in der Auslieferungfrage erwarten können.

4) Die Forderung, das mit der Note vom 1. November mitgeteilte Protokoll bedingungslos zu unterzeichnen, muß von uns abgelehnt werden. Sie steht im Widerspruch mit den Erklärungen, die Herr Dutasta und die Herr Vertelot gegenüber Herrn v. Simson abgegeben haben. Beide haben gegen eine mündliche oder schriftliche Diskussion keinen Widerspruch erhoben. Unsere Einwendungen gegen das Protokoll sind bekannt. Abgesehen von einzelnen minder wichtigen Punkten, deren Richtigstellung mündlicher Diskussion vorbehalten bleiben kann, die aber eine entscheidende Bedeutung haben, und in der Voraussetzung, daß die baltische Frage inzwischen erledigt sein wird, kommen als wesentlich Soapa Flow und die Schlußbestimmung in Betracht. Wegen Soapa Flow sehen wir der Neuerung der Entente auf unsere Vorlegung entgegen. Die Schlußbestimmung ist unannehmbar.

5) Unsererseits müssen wir die Aufnahme einer Bestimmung in das Protokoll verlangen, wonach die Heimführung derjenigen Kriegsgefangenen, die sich zu dieser Zeit noch in Frankreich befinden, an keine andere Bedingungen als die in Art. 221 bezeichneten, geknüpft werden darf. Auch müßten eingehende Bestimmungen über die Durchführung der Transporte aufgenommen werden.

6) Bitte Herrn Dutasta zu fragen, ob Clemenceau, wie gemeldet wird, ausländischen Journalisten gesagt hat, daß die Herausgabe der Kriegsgefangenen erfolgen solle, wenn deutsche Zollarbeiter im Wiederaufbaubereich eingetroffen seien.

Im Anschluß an Ihre Mitteilungen wollen sie bemerken, daß hiernach Herrn v. Simsons Haltung von der Regierung gebilligt wird. (Wg): Müller.

Bon unseren Kriegsgefangenen.

ep. Wie die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene mitteilt, ist die französische Regierung im Begriff, die Kriegsgefangenen, die aus den von Polen besetzten deutschen Gebieten stammen, an Polen statt an Deutschland zurückzugeben. Da diese Gefangene, solange das Schicksal der betr. Gebiete staatsrechtlich noch nicht endgültig geregelt ist, deutsche Staatsangehörige sind, hat die deutsche Regierung auf entschiedene ihre Rückgabe an Deutschland gefordert.

Nach zuverlässigen Nachrichten ist gegenwärtig in verschiedenen französischen Gefangenenlagern eine eifrige Werbetätigkeit für die französische

Fremdenlegion im Gang. Durch Verbreitung der Lüge, man könne wegen herrschender Arbeitslosigkeit und Hungersnot die Gefangenen in Deutschland nicht brauchen, soll es gelingen sein, allein von den 100 Gefangenen des Lagers Blanchy 150 für die Fremdenlegion zu gewinnen. Das Auswärtige Amt hat durch Vermittlung der Schweizer Regierung schärfsten Einspruch erhoben und die sofortige Einstellung dieser Werbetätigkeit verlangt.

In einem Lager von Oran (Algier) werden, wie man hört, eine große Anzahl von Deutschen, deren Dienstzeit in der französischen Fremdenlegion abgelaufen ist, bei schlechtester Behandlung festgehalten, um sie zu zwingen, sich auf weitere 5 Jahre zum Dienst in der Legion zu verpflichten — als Kulturdänger im feindlichen Land.

Das Prisoner of War Information Bureau in London teilt der deutschen Gesandtschaft in Bern, Abteilung für Gefangenenfragen, mit, daß es Personen in feindlichen Ländern von nun an frei steht, sich mit dem Bureau unmittelbar in Verbindung zu setzen. Den Regierungen und Rote Kreuz-Organisationen der Mittelmächte übermitteln dasselbe regelmäßig eine vollständige Auskunft über verstorbene Kriegsgefangene.

In den sibirischen Schwarzmeer-Gebieten und Turkestan befinden sich noch etwa 8800 deutsche Gefangene, deren Lage im allgemeinen zufriedenstellend sein soll. Es besteht Aussicht, daß die an den Küstenplätzen befindlichen auf türkischen Schiffen, die in nächster Zeit die russischen Gefangenen aus Deutschland abholen sollen, heimbeordert werden können.

Das Zentralankunftsbureau für Kriegsgefangene des Roten Kreuzes in Bern (Wertheimstr. 17) mit, daß es in der Lage ist, über sämtliche Kriegsgefangene in den 16 Lagern des Roten Kreuzes Auskunft zu geben. Da das Büro außerdem mit sämtlichen Lagerbüros Sibiriens in Verbindung steht, kann es auch Anfragen über Kriegsgefangene, die nicht im Bereich des Roten Kreuzes interniert sind, beantworten. Auch über die verstorbenen Kriegsgefangenen wird dort genau Register geführt. Die Angehörigen unserer sibirischen Gefangenen werden aufgefordert, sich um Auskünfte ohne weiteres direkt an dieses Büro zu wenden.

Der Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen auf Japan erfolgt mit 4 Dampfern, von denen drei Ende Dezember direkt durch den indischen Ozean nach Deutschland fahren, während der vierte Mitte Januar über Tjingtau und China nach Deutschland geht. Mit den 4 Dampfern sollen alle in Japan weilenden deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat beordert werden. Der im Januar abgehende letzte Transport wird gleichzeitig die Familien der Kriegsgefangenen heimzuführen.

Der Hauptausgang für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen in Bern hat einen Aufruf zur Sammlung von Weihnachtsgaben für die Kriegsgefangenen der Mittelmächte erlassen.

ep. Ein Dokument der Schande. Die internationalisierte Schiffsregistrierung hat nach Mitteilung der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene die erbetene Genehmigung zur Ausfahrt der beiden Dampfer „Dielefeld“ und „Answald“, die die an der sibirischen Küste gesammelten deutschen Gefangenen abholen sollten, nicht erteilt. Daran ist in der Folgezeit in einem Funkpruch noch einmal auf die einschlägigen Folgen dieser Ablehnung hingewiesen worden; es heißt darin u. a.: „Nachricht aus Kobe besagt, sibirische Kriegsgefangene endgültig verloren, wenn nicht unverzüglich Heimreise; werden Winterfeinheitsweg überleben. Dieser Rotschrei veranlaßt erneuten Antrag von „Dielefeld“ und „Answald“ nach Ostasien. Mit diesen Dampfern können die Gefangenen sofort abtransportiert werden, bevor fremder Schiffsraum

Streitig gestellt wird, was äußerst schwierig ist. Vergehen weitere Wochen oder Monate, so sind inzwischen Tausende zugrunde gegangen, die hätten gerettet werden können.“

Der Prozeß Marloß.

Berlin, 8. Dez. In der weiteren Vernehmung gibt Oberst Reinhard an, er habe den Befehl gegeben, streng zu verfahren; den Auftrag, 150 Mann zu erschießen, habe er nicht gegeben. Farrer Kump bezeichnete den Zeugen Oberleutnant v. Kessel, der Marloß zur Flucht veranlaßte, obwohl dieser sich dagegen sträubte, als einen verlogenen Menschen. Oberst Reinhard trat diesen Behauptungen entschieden entgegen. Kessel habe sich tapfer, tüchtig und fleißig gezeigt und ihn (Reinhard) und die Regierung kräftig unterstützt. Kessels angebliche Meinung zeige sich in seiner Weigerung, den zu nennen, der ihn veranlaßt habe, Marloßs Flucht zu bewerkstelligen. Oberleutnant v. Kessel verneint die an ihn gerichtete Frage, ob er mit Ebert oder Koste Verbindung gehabt habe. Kriegsgerichtsrat Meyer hält jedwede die Anklageerhebung und beantragt gegen Oberleutnant Marloß wegen Totschlags, unerlaubter Entfernung und Urkundenfälschung eine Strafe von 3 Jahren 2 Monaten Gefängnis, abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft.

Der Vertreter der Anklage führte aus: Ich bin zu der Ueberzeugung gekommen: Die Erschließung war unglücklich. An der traurigen Entwicklung der Dinge und den traurigen Folgen hat das unheilvolle Nebenhandarbeiten der Behörden Mitschuld. Der damalige Apparat hat vollkommen versagt und Schiffbruch gelitten. Möchte das deutsche Volk aus diesem Prozeß lernen. Ich stelle fest, daß die Leute, die erschossen worden sind, wahrscheinlich erschossen worden sind. Viele Angehörige der Erschossenen sind mit der Bitte an mich herangeritten, für ihre Entschädigung zu sorgen. Das scheint mir eine moralische Pflicht des Staates. Nun zur Frage: Wer ist der Schuldige? Marloß selbst bestreitet, obwohl rechtswidrig gehandelt zu haben. Ein Befehl ist überhaupt nicht ergangen, sondern nur Verhaltensmaßregeln für Marloß. Ich neige zu der Ansicht, daß Oberleutnant v. Kessel nur den Befehl hat überbringen lassen wollen, entschieden und ohne Schamlosigkeit und Weichherzigkeit vorzugehen. Oberst Reinhard hat sich in keiner Weise strafbar gemacht. Er hat nur scharfe Verhaltensmaßregeln gegeben. Kriegsgerichtsrat Meyer legte dann wieder eingehend dar, daß dem Angeklagten Marloß offenbar die Ueberzeugung, nicht aber das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt habe und daß dem Angeklagten mildernde Umstände bewilligt werden müssen.

Hauptmann v. Kessel ist, wie verlautet, auf seinen Wunsch vorläufig vom Dienst entbunden worden. Gleichzeitig habe er die Einleitung eines Verfahrens gegen sich vor dem Zivilgericht beantragt.

WLB Berlin, 9. Dez. Oberleutnant Marloß wurde von der Anklage des Totschlags, da er lediglich berechtigt gehandelt hat, freigesprochen. Er wurde aber wegen unerlaubter Entfernung zu 3 Monaten Untersuchungshaft verurteilt, von denen 2 Monate durch die erstere Untersuchungshaft verbüßt sind.

Die Eröffnung der französischen Kammer.

Paris, 9. Dez.

Die neugewählte französische Kammer ist gestern nachmittag zusammengetreten. Die elsaß-lothringischen Abgeordneten hielten nach der Eröffnung ihren Einzug, bei dem sich sämtliche Abgeordnete erhoben und ihnen

den Kamin der Unglücklichen noch vergrößern durch Klagen und Jammer? — Das ging noch weniger. So begnügte sie sich damit, ihr nur kleine Lebenszeichen zuzulassen zu lassen. Auch an den Vater schrieb sie zuweilen — und auch an ihn immer nur wenige Zeilen, in denen sie ihm Mut zuzusprechen suchte. Wenn er wüßte, wie sehr sie selbst eines Zuspruchs bedürfte! Wie elend sie selbst geworden war in diesen wenigen Wochen!

Das alles ging ihr durch den Kopf, während sie eine Grube gegraben und nun wieder zugehauelt hatte. Schwiegend hatte ihr Weidner zugehört, und es war ihr, als fühlte sie seinen Blick auf ihrem Gesicht brennen — obwohl sie es vermied, ihn anzusehen. Als sie jetzt das Grabsteine beiseite stellte, sank er kurz:

„Kommen Sie jetzt mit! — Ich will Sie mit einem Teil Ihrer Aufgabe bekannt machen, von dem Sie bisher nichts wußten.“

Er ging so rasch durch den Wald davon, daß sie Mühe hatte, ihm zu folgen. Wenn sie sich nicht täufelte, schienen sie sich noch mehr vom Schloß zu entfernen. Wenigstens nahm der Wald einen immer ungepflasterter Charakter an. Die Nähe menschlicher Stände die Farnkräuter zur Rechten und zur Linken des schmalen Fußpfades, den sich offenbar Jäger oder Forstbeamte getreten hatten. Plötzlich sah Kelly etwas Weißes durch das hier dicke Gebüsch schimmern — und dann standen sie vor einem kleinen, einstöckigen, halb verfallenen Gebäude.

Es mochte wohl ehemals ein Kanarienhäuschen oder etwas dergleichen gewesen sein. Und es war in seinem Inneren trotz des überall zutage tretenden Verfalls weit hübscher und gefälliger als das, in dem Weidner und Kelly wohnten. allerlei gefällige Studverzierungen schmückte die Vorderfront, das Dach hatte dem Ganzen angepaßte zierliche und elegante Formen, und die grün gestrichelten Fensterläden brachten ein wenig Farbe in das Bild.

Weidner nahm einen unverhältnismäßig großen und vielgradigen Schlüssel aus der Tasche und öffnete die Tür. Sie traten in einen halbdunklen Vorraum, und als Weidner hinter ihnen die Tür wieder verschlossen hatte, war es so finster, daß man die Hand nicht vor den Augen sehen konnte. Das einzige kleine Fensterchen über der Tür, das bestimmt war, dem Verfall Licht zu spenden, war offenbar so dicht verhängt, daß es keinen Schimmer des Tageslichtes durchließ.

Fortsetzung folgt.

Das Geheimnis von Katenhoop.

Roman von H. Hill

(28. Fortsetzung).

(Nachdruck verboten).

„Kathheit, das schöne Zeug zu verstreuen — nicht wahr?“ sagte er rauh und beobachtete Kelly mit eigentümlichen, halb forschenden, halb misstrauischen Blicken. „Es sind für mich Erinnerungen daran geknüpft, die ich — die mich — Teufel auch, die mich unangenehm sind! Und ich will's darum ein für allemal los sein. Aber Sie halten natürlich meinen Mund darüber, Walter — verstehen? — Ich will nicht ausgelacht werden obendrein.“

Kelly nickte stumm. Das Benehmen des Mannes war ihr unerklärlich und wirkte auf sie geradezu bedrückend, Widerstarrte Weidner auf den glühenden Haaren zu seinen Füßen, dann stieß er plötzlich die Kiste mit dem Fuße durcheinander, daß die Ranken fielen.

Holen Sie sich irgend etwas — einen Eimer — oder sonst was — und schäffen Sie das fort! Befehl er gebieterisch. Und noch einmal: schwingen Sie nicht von dem, was Sie hier gesehen! Es würde Ihnen schlecht bekommen.“

Kelly ging in das Haus, um ein Gerät zu holen, das für die Fortschaffung der Kiste eignete. Mit einer Schaufel trug sie die verrosteten Reste zusammen und fragte, wohin sie sie schaffen sollte.

Der Forsthausbesitzer machte eine ungeduldige Bewegung. „Das ist doch ganz gleich — irgendwohin — wenn Sie mir nur aus den Augen sind!“ sagte er. „Gehen Sie — gehen Sie!“

Aber Kelly hatte kaum ein paar Schritte gemacht, als er sie schon zurückrief.

„Graben Sie hier ein Loch!“ befahl er. „Und schütten Sie die Kiste da hinein! Da wird sie am besten aufgehoben sein.“

Die Tränen waren dem jungen Mädchen sehr nahe, da sie daranging, seiner Anordnung Folge zu leisten. So wie heute hatte er sich noch niemals gegen sie benommen. Freilich — den Herrn und Gebieter hatte er sie vom ersten Tage an fühlen lassen. Sie hatte ihn bedienen müssen und mußte ihm aus Wort gehorchen. Wenn er ihr anbefahl, nicht über das

zu sprechen, was sie hier gesehen und getan — es war eine recht überflüssige Vorsicht! Mit wem, in aller Welt, hätte sie denn davon reden sollen? Seit sie hier auf Hohen-Gilgen war, hatte sie außer Herbert von Lehov keinen Menschen zu Gesicht bekommen. In ihrer Abwesenheit war der Koffer geholt worden, und sie hatte die Empfindung gehabt, als habe Weidner sie andrücklich fortgeschickt, daß sie mit niemandem aus dem Schloße in Verbindung kam. Auch den Baron hatte sie nicht ein einziges Mal zu Gesicht bekommen. So seltsam — so unheimlich mutete sie alles an! Und wäre es nicht um ihrer Mutter willen gewesen — sie wäre schon längst auf und davon!

Daß sie auch etwas anderes hier zurückhielt — das gestand sie sich nicht ein. Und doch hoffte sie von Tag zu Tag, daß sich Herbert von Lehov trotz des Verbotes von Seiten des Barons einmal wieder bei der Fasanerie einfänden möchte. Und obwohl sie zornig auf sich selbst war, wüßte sie doch an jedem Abend von neuem eine große Enttäuschung, wenn er abermals ausgeblieben war.

Das wäre wohl noch zu ertragen gewesen — hätte wenigstens Weidner sie etwas freundlicher behandelt. Seit dem gestrigen Tage aber — einem Sonntag — behandelte er sie überhaupt kaum noch wie einen Menschen. Bis spät in den Nachmittag hinein hatte er sie allein gelassen, ohne Rücksicht darauf, daß sie ja nichts zu essen hatte. Denn das Mittagessen holte er stets selbst aus dem Schloße. Und als er dann endlich kam, war er bleich gewesen wie eine Leiche und in einer entsetzlichen Stimmung.

So heftig hatte er die Schüsseln mit den Speisen auf den Tisch niedergelegt, daß zwei Teller davon zerbrachen. Er selbst hatte nichts angerührt; und bei seinen häßlichen, höflichen Bemerkungen hatte auch Kelly kaum einen Wiffen herunterbringen können.

Gleich nachdem war er wieder gegangen. Und bis zum heutigen Morgen hatte Kelly nichts wieder von ihm gesehen. Hatte sie anfangs nur eine große Scheu vor ihm gehabt, so fürchtete sie ihn jetzt geradezu — ja, es grante ihr in seiner Nähe. Und sie war froh, wenn sie wenigstens allein sein konnte.

An die Mutter schrieb sie selten — und selbst dann immer nur einige Zeilen, meist nur einen Satz. Was sollte sie der armen Frau auch mitteilen? Sollte sie lägen — sollte sie eine Zufriedenheit mit ihrer Lage heraufeln, die sie nicht empfand? — Das konnte sie nicht. Oder sollte sie

Beifall flüchtigen. Der Alterspräsident bezeichnete die Rückkehr der Vertreter von Elsaß-Lothringen in die Kammer als Kennzeichen eines neuen Abschnitts der Geschichte Frankreichs. Er hoffte, daß auch der Senat, dem Beispiel der Kammer folgend, für das Frauenwahlrecht einträte.

Hierauf verlas der elsässische Abgeordnete Francois eine Erklärung im Namen der elsässisch-lothringischen Abgeordneten, in der auf den feierlichen Protest der Elsaß-Lothringer gegen die Abtretung der beiden Provinzen in der Nationalversammlung von Bordeaux am 17. Febr. 71 hinwies. Schon damals haben die Abgeordneten verkündet müssen, daß der Friedensvertrag von 1871 für sie null und nichtig sei. Sie haben geschworen für sich, ihre Kinder und Nachkommen, daß sie das Recht der Elsaßer und Lothringer, Mitglieder der französischen Nation zu bleiben, jedem unrechtmäßig von ihrem Land Besitz Ergreifenden feindlich gegenwärtig machen würden. Jetzt schmieden die elsässisch-lothringischen Abgeordneten ihre Rechte der schiedlichen Ueberlieferung wieder zusammen. Jetzt wo sie ihre Sitze in der französischen Kammer wieder aufnehmen, geben sie Deutschland und der ganzen Welt erneut zu verstehen, daß Elsaß-Lothringen niemals ausgehört habe, mit ganzem Herzen der französischen Familie angehöre, und daß es tiefste Befriedigung empfinde, zu ihr zurückzukehren. Nicht mit Unrecht habe Deutschland im Jahre 1918 eine Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen geschickt. (1) Die neue Bahn habe bewiesen, daß Deutschland auf keinen Fall mehr das Recht habe, die Gebiete, die es Kraft des Eroberungsrechts innehatte, zuzueignen. Die Erklärung schließt mit dem Danke an die französische Nation und die Alliierten für die zur Befreiung der beiden Provinzen gebrachten Opfer.

Im Namen der Regierung begrüßt sodann Ministerpräsident Clemenceau die Brüder von Elsaß und Lothringen. Der Zufall wolle es, daß er als letzter Ueberlebender der Protestler von Bordeaux heute dazu bestimmt sei, ein heißes Willkommen auszusprechen. Jetzt gelte es, zu arbeiten. Man müsse sich beeilen, denn Frankreich sei wieder aufzubauen. Für die Sozialisten verlas darauf Albert Thomas eine kurze Erklärung, in der er namens der Arbeiterbevölkerung von Elsaß- und Lothringen zum Ausdruck brachte, daß auch sie die Einigung mit Frankreich als eine Befreiung ansehe. Darauf vertagte sich die Kammer bis zum 17. Dezember.

Neues vom Tage.

Seine falschen Hoffnungen.

Berlin, 9. Dez. In der „Deutschen Allg. Zeitung“ wird halbamtlich geschrieben: Die Korrespondenz Hoffmann in München verbreitete kürzlich die Meldung, der Reichsfinanzminister habe dem Münchener Kurier mitgeteilt, daß der Heilige Stuhl sich bei der französischen Regierung für die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen bis Weihnachten eingesetzt habe. Von unterrichteter Seite wird darauf aufmerksam gemacht, daß sich der Heilige Stuhl dauernd für die Befreiung des Landes der deutschen Kriegsgefangenen und für ihre Freilassung verwendet hat; daß aber die Verbreitung solcher Nachrichten bedenklich ist, weil dadurch falsche Hoffnungen in der deutschen Bevölkerung erweckt werden. Selbst wenn es den Bemühungen des Papstes gellinge, die Haltung der Regierung Clemenceaus günstig zu beeinflussen, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß ein Heimtransport der Gefangenen in Frankreich bis Weihnachten schon wegen der Verkehrsverhältnisse unmöglich ist.

Aus dem besetzten Gebiet.

Saarbrücken, 8. Dez. Bis jetzt sind 6 Fälle festgesetzt, daß junge Mädchen verschwunden sind. Die Mädchen wurden von den schwarzen Franzosen in die Hochschule (frühere Manu-Kaserne) verschleppt und dort in grausamster Weise ermordet. Alle Personen, die über die Mordtaten etwas erzählen, werden schwer bestraft.

Englische Rheinpläne.

Brüssel, 9. Dez. Eine englische Finanzgesellschaft machte der belgischen Regierung das Angebot, Belgien unter sehr vorteilhaften Bedingungen eine Anleihe von 1 1/2 Milliarden zu geben; die Gesellschaft erhält dafür die Erlaubnis, einen Kanal von Antwerpen bis zum Rhein zu bauen. Die Ausführung des Kanals soll Belgien übertragen werden.

Wetterle Vizepresident.

Paris, 9. Dez. (Havas.) Nach dem „Petit Parisien“ soll einer der Sitze der Vizepresidentschaft in der Abgeordnetenversammlung für Elsaß-Lothringen vorbehalten werden. Für den Sitz soll Abbé Wetterle ausersuchen sein. — Das hat er verdient.

Wien und Prag.

Wien, 9. Dez. Nach seiner Rückkehr aus Paris wird Staatskanzler Dr. Renner nach Prag reisen, um mit der tschecho-slowakischen Regierung Verhandlungen über die Regelung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen einzuleiten.

Eisenbahnerstreik in Vorarlberg.

Wien, 9. Dez. Um gegen den Beschluß des Vorarlberger Landtags betr. Anschluß an die Schweiz Widerspruch zu erheben, hat die Sozialdemokratie am Samstag abend einen zweiständigen Streik der Eisenbahner veranstaltet. Der Eisenbahnverkehr ruhte in ganz Vorarlberg und die Abgeordneten konnten nicht heimreisen.

Der Krieg im Osten.

Sofia, 9. Dez. Der ukrainische Ministerpräsident Petljura ist mit dem Ministerium und seinem Stab vor den Bolschewiken aus rumänisches Gebiet geflohen.

Kopenhagen, 9. Dez. Die englische Gesandtschaft bekräftigt, daß Verhandlungen mit Moskau stattfinden. Das letzte Pressescheitern behauptet, die Verhandlungen

mit den Bolschewiken in Dornau betreffen nur die Anlieferung der Weizen, nicht den Frieden. (Ist das Zentrum oder hat der Wind ungeblasen? D. Schr.)

Grech kehrt zurück.

Newport, 9. Dez. Die „N. Y. Times“ meldet, der neuernannte englische Botschafter Grech werde wahrscheinlich sein Amt niederlegen, da seine Aufgabe, Amerika und England zu engerer Zusammenarbeit zu verbinden, an dem Widerstand des Senats und durch die Krankheit Wilsons gescheitert sei.

Landesnachrichten.

Mittwoch, 10. Dezember 1919

* **Ziehungen für die Sparanleihe.** Auf die Prämienliste wurden hier gezogen bei der Hauptziehung 256 000 Mark, bei der Sparte Altensteig 180 000 Mark.

— **Konfessionelle Schule.** Auf dem Ellwanger Hofkloster wurde von einem Vertreter der Regierung mitgeteilt, daß in kurzer Zeit durch eine Volksabstimmung in Württemberg die Frage entschieden werden solle, ob die konfessionelle oder die konfessionslose Schule eingeführt werden solle.

— **Die Kartoffelernte** ist nach den Berichten der Oberämter, mit Ausnahme vereinzelter unbedeutender Ausnahmefälle, für deren Abarbeitung Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, beendet.

— **Ausverkauf.** Gegen die Verschleuderung von Waren ins Ausland wird die württ. Regierung ähnliche Anordnungen treffen wie Baden.

— **Betriebsbeschränkung von Zeitungen.** In Freiburg i. B. werden die bisher zweimal täglich erscheinenden Zeitungen vom 1. Januar ab nur noch einmal ausgegeben, weil die Betriebschwierigkeiten zu groß geworden sind.

— **Hilfe für Wien.** Der italienische Versorgungsminister überließ einen Wagen mit eingebodener Milch, Teigwaren, Mehl und Fett unentgeltlich für das Wiener Kinderhospital.

— **Pariser Ehescheidungen.** Den Pariser Gerichten liegen gegenwärtig rund 12 300 Ehescheidungsanträge vor.

* **Unglücksfall, 10. Dez.** (Unglücksfall.) Als gestern hier ein Dasei notgeschlachtet wurde, zu welchem Zweck ein Revolver Verwendung fand, löste sich beim Zeigen der Waffe ein Schuß los, der die Frau und einen Mann traf und zwar das eine in den Arm, das andere in den Fuß.

— **5. Dez.** (Ehrung der Gefallenen.) — **Figurner-Schwabel.** Die hiesige Stadtgemeinde beabsichtigt, zu Ehren der Gefallenen eine Friedhofskapelle zu errichten. — Der Glaube an die Wundkraft der Figurner, so schreibt die „D. Schr.“, ist einer Mählebühnenfrau teuer zu stehen gekommen. Damit ihr in einer Angelegenheit, die ihr sehr am Herzen lag, geholfen werde, hatte sie schon im Sommer einer alten Figurnerin 1200 Mark gegeben. Nun kam kürzlich die angebl. Tochter der Figurnerin und entlockte der Müllerin, da sonst die Hilfe nicht wirksam sei, verdingt 5000 Mark in Pfandbriefen, einige Säcke Mehl und dergl. Durch den Parochialkassierhaber, bei dem die Pfandbriefe verkauft werden sollten, wurde die Gendamerie auf die Figurnerin aufmerksam gemacht. Diese und ihre Begleiter wurden festgenommen.

— **Stuttgart, 9. Dez.** (Kirchengemeinderatswahl.) Die Beteiligung an der evang. Kirchengemeinderatswahl am letzten Sonntag betrug gegenüber der letzten Wahl von 1913 durchschnittlich das Zehnfache. Durch die erstmalige Beteiligung der Frauen ist die Zahl der Stimmberechtigten auf ungefähr das Zweieinhalbfache gestiegen. Trotzdem wurde nur in den Bezirken der Gedächtniskirche (42 Proz.) und der Martinskirche (47 Proz. der Stimmberechtigten) der gesetzlich erforderliche Mindestsatz von abgegebenen Stimmen (33 Prozent) erreicht, es hat deshalb am nächsten Sonntag eine Nachwahl stattzufinden.

— **Stuttgart, 9. Dez.** (Feuerungszulage.) Der Gemeinderat bewilligte in seiner gestrigen Sitzung eine außerordentliche Feuerungszulage für die städtischen Angestellten und Arbeiter. Die Zulage für rund 6500 Personen erfordert einen Aufwand von etwa 7 Millionen Mark.

— **Saanan, 9. Dez.** (Heberfall.) Auf der Straße zwischen hier und Unterhörsdorf wurde ein Landwirt überfallen und seiner Barschaft mit 1100 Mark beraubt. Zwei Verdächtige sind festgenommen.

— **Schwemmungen, 9. Dez.** (Streifende.) Die Schuttpolizei haben die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem eine Einigung erzielt worden war.

— **Ulm, 9. Dez.** (Kirchenräuber.) In der Pfarrkirche in Stauten waren 3 Kelche, 1 Ciborium und 1 Alb gestohlen worden. Die Einbrecher, zwei Klutcher aus Stuttgart, wurden hier verhaftet. Die Gegenstände waren noch in ihrem Besitz.

— **Schiltach, 9. Dez.** Hier wurden 6500 Liter Wein beschlagnahmt, die von Wolfach nach Schramberg verschoben werden sollten.

Vermischtes.

— **Schwedische Hilfe.** Der nordische Militärverband hat beschlossen, in allen größeren Städten Schwedens zu Gunsten deutscher und österreichischer Kinder Orchesteraufführungen zu veranstalten.

— **Tabakeinfuhr.** Seit 1914 sind die ersten direkten Tabakzufuhren aus überseeischen Ländern in Hamburg eingetroffen, darunter 13 000 Ballen Brasiltabak. Weitere 8000 Ballen Brasiltabak werden noch in diesem Monat erwartet. Der Tabak wird sehr teuer werden.

— **Ein schlechter Wit.** Als Reichspräsident Ebert kürzlich in Göttingen weilte, besaßen viele Studenten ihre Zimmer mit Badehöfen. — Der „Wit“ bezieht sich auf die bekannte Momentaufnahme der „Berliner Illustrierten Zeitung“, daß den Reichspräsidenten und den Reichswehrminister Noske im Seebad in Badepfosten dargestellt.

— **Todesurteil.** Der 37-jährige Mechaniker Otto Götz aus Cannstatt wurde wegen Ermordung einer Köchin vom Volksgericht Augsburg zum Tode verurteilt. — Er war in Stuttgart in Gesellschaft eines berüchtigten Einbrechers verhaftet worden.

— **Einbruch.** In der Antiquariatshandlung von Herrn. Günther in München wurde ein Laro-Gobelin im Wert von 100 000 Mk. gestohlen.

— **100 Silberbeschlagene Pferdegeschirre** aus dem Marstall sind von Einbrechern aus dem Eisenbahndepot in der Lehter Straße in Berlin gestohlen worden. Es sind teils neue, teils schon gebrauchte. Die Einbrecher nahmen außerdem noch Pferdebeden und Koppelzeug mit.

— **Kohlenziehungen.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Kattowitz (Oberschlesien) sind große Eisenbahnziehungen mit Kohle, Ammonial und Zinkblech aufgedeckt worden. Hauptleiter ist ein Junkkalarer namens Rasik. Er verdiente dabei 250 000 Mk. Beteiligt sind noch Eisenbahnbeamte, die wie Rasik verhaftet wurden. Die Beschuldigten allein erreichten eine Höhe von ungefähr 120 000 Mark.

Legte Nachrichten.

— **WZ. München, 10. Dez.** Der frühere Kronprinz Rupp hat an den Präsidenten des bayerischen Landeshilfsvereins vom Roten Kreuz, Staatsminister a. D. Ritter v. Bretsch, folgendes Schreiben gerichtet:

Herr Präsident!

Nach vierzehn sich Hunderttausende deutscher Kriegsgefangener in Frankreich in stummem Sehnen nach Befreiung und Heimkehr und Millionen Angehöriger in bitterem Leid um sie. Frankreich lehnt die Freigabe ab mit Gründen, die vor keinem Urteil bestehen können, am wenigsten vor dem der Menschlichkeit, aus der allein eine Hoffnung auf Besserverehrung und eine stillige Bölkerordnung dümmern könnte. Zur Begründung dieser Haltung werden, wie ich höre, von Frankreich auch die Versailles-Bestimmungen über die Auslieferung der arglos am Kriegsausbruch und den Kriegsverbrechen schuldigen Deutschen herangezogen. Ich betrachte diese Bestimmungen als die schlimmste Vergewaltigung, die allem Völker- und Staatsrecht zuwider je einem wohlwollen Volk aufgesetzt wurde, das Gericht, bei dem Kläger und Richter die gleiche Person, als den ärgsten Hohn auf jegliches Rechtsbewußtsein. Nichtbestimmter halte ich es für meine Pflicht, was mich betrifft, alles zu befeitigen, was von gegenseitiger Seite kann beiligt werden könnte, der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen als Vorwand zu dienen. Ich erkläre Ihnen daher, dem Präsidenten eines nun die Kriegsgefangenen besonders bemühten Vereins, daß ich, wenn die alliierten Mächte meine Auslieferung fordern, sollten dem Verlangen Folge leisten werde, nicht in Anerkennung eines ihnen zustehenden Rechts, das ich in meinem Brief vom 26. Juli 1919 an den Herrn Präsidenten des bayerischen Landtags verneint habe und immer verneint werde, sondern in Erfüllung der Pflicht, die ich in schweren und bitteren Zeiten des Krieges dem Volk, dem ich angehöre, zu erfüllen stets bemüht war. Es wäre mir eine freudige Genugtuung, wenn meine Stellungnahme dem Wohle des Vaterlandes dienen könnte, wie denn überhaupt mein heißestes Bestreben darauf gerichtet ist, dazu beizutragen, daß unser Volk, angesichts der schwerbedrückten Lage, in der es sich befindet, ungestört die Arbeit am Wiederaufbau seines Volkstums, seiner Wirtschaft und seines Wohlstandes leben kann.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner warmsten Wünsche für den Erfolg Ihrer Bestrebungen und meiner vorzüglichen Hochachtung

(gez.): Kronprinz Rupprecht.

— **WZ. Rom, 10. Dez.** „Corriere d'Italia“ sagt, daß in Bezug auf die Frage von Fiume eine Lösung unmittelbar bevorstehe. Wenn sie auch die Erfüllung der Aspirationen des Volkes von Fiume und von Italien nicht bringe, so gäbe diese die Hoffnung doch nicht auf, daß die italienischen Aspirationen früher oder später doch verwirklicht und die ungerechte feindliche Haltung der a. und a. Mächte überwunden würden zur Verwirklichung der italienischen Ansprüche auf Fiume u. zur Sicherstellung Zielen in der Adria.

— **WZ. Amsterdam, 10. Dez.** Associated Press meldet aus Paris, daß Volk darum ersucht habe, daß dem deutschen Handel dieselben Rechte eingeräumt würden wie dem der a. und a. Mächte.

— **WZ. Berlin, 10. Dez.** Wie wir hören, tritt der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten heute zusammen. Er wird sich mit der neuen Note der Entente befassen.

— **WZ. Wien, 10. Dez.** Der nationalsozialistische Parteitag für Deutsch-Oesterreich nahm eine Entschickung an, welche sich gegen eine Donau-Föderation, sowie gegen die tschechische Rekonstruktion, welche den nationalen Übergang Oesterreichs bedeuten würde, wandte. Es sei vielmehr im Interesse der Lebensfähigkeit Oesterreichs gelegen, den allenthalben Anstich an Deutschland als Bundesstaat zu fordern, wobei Deutsch-Oesterreich selbst sich als Bundesstaat zu konstituieren hätte. Die Entschickung fordert weiter die Beseitigung der Absperrung der Länder und Bezirke, sowie die rascheste Abschaffung der zentralen Wirtschaft. Schließlich wird u. a. der Wunsch nach Ausbreitung von Neuwahlen ausgesprochen.

— **1200** und **1000** der B. Kletterischen Buchdruckerei, Altensteig für die Schenkung verantwortlich: Rudolf Sauf.

Scherubach.

Stockholz = Verkauf.

Am Dienstag, den 16. Dez., nachmitt. 1 Uhr
verkaufe ich bei Hrn. Louis Koch hier
100 Meter Stockholz

Hugo Böcking.

Altensteig.

Kinder - Kochherde

sowie
Einrichtungs - Gegenstände
für Puppen - Küchen

empfehlen in schöner Auswahl

Karl Henzler sen.
— Eisenwarenhandlung. —

Altensteig.

Puppen - Sportwagen
Puppen - Liegwagen
Puppen - Stuben
Puppen - Küchen
Kaufladen, Puppen - Betten
Puppen - Geschirre aller Art

Leiterwagen, Schubkarren
Sandwagen, Rodelschlitten



**Pferde - und
Dreschmaschinen**
einzelne Haustiere
auf Rädern zum Fahren
alles solide Arbeit aus
Holz, weiß und bemalt,

empfehlen in großer Auswahl billigst
C. W. Luz Nachfolger
Fritz Bühler jr.

Zu passenden Weihnachts - Geschenken

- empfehle ich:
- Gesangbücher und Trug-Läschen
 - Gebet- u. Predigtbücher
 - Schul- u. Bilderbücher
 - Geschäftsbücher
 - Kochbücher
 - Bergführer
 - Briefkassetten
 - Abreißkalender
 - Postkartenalbum
 - Poesie- u. Schreibalbum
 - Reißzeuge u. Reißschienen
 - Winkel u. Farbschachteln
 - Schreibetui, Tintenzeuge
 - Briefordner, Federkasten
 - Photographie-Rahmen
 - Kunstblätter**
dazu passende Rahmen
rund und oval
 - usw.

A. Großmann, Buchbinderei.

Altensteig.

Christbaumkerzen

sowie
Leuchtdosen
empfehlen
Paul Beck.

Altensteig.

Preiswerte
Arbeitshemden
in 3 Größen empfiehlt
Reinhold Hayer.

Sämliche
reine Gewürze
zum Backen und Schlachten
empfehlen
Schwarzwald - Drogerie
+ Altensteig +
— Telefon 41 —

Lengenloch.
Wegen Anschaffung einer Spezial-
maschine verkaufe eine gebrauchte,
mit neuer Ringschmierlagerung ver-
sehene

Kreisäge
für Langschnitt, Bauholz-Schneiden
usw. geeignet. Blätter bis zu 900
Millim. können eingesetzt werden.

Adam Kern
meh. Holzbearbeitung.

**la. holländisches Leinöl und
Leinöl-Firnis**
sämlliche streichfertige
Delfarben und Lacke

für Innen- u. Außen-Anstriche
la. Fußbodenlacke u. Farben
in Kilo-Dosen

la. Bodenwachs
weiß und gelb
per Pfd. Dose Mt. 5.50.

la. Bodenöl
per Str. 2.50 und 3.50 Mt.

**la. Möbellack, Mattierungen
und Polituren**
empfehlen in Feiedequalität
jedes Quantum u. äußerst preiswert
R. Angerer, Nagold.

Säger

Ein solider, selbständiger Satter-
säger wird ins Poppelial gesucht.
(Lebensstellung). Offerte an

Carl Schmid
Wildbad, Holzhandlung.

Fänsbrunn.
Einen Wurf

**Milch-
schweine**
verkauft am Donnerstag.
Fr. Großhans.

Gefordere:
Klosterreichenbach: Bernhart Hais,
79 J.
Walldorf: Anna Maria Dietz,
geb. Walz, 91 J.

Landwirtschaftlicher - Bezirks - Verein Nagold.
Auf die oberamtliche Bekanntmachung vom 6. ds. Mts. betreffend
freiwillige Abgabe von 33 Rähnen, 24 tragender Rinder und 1 Farren
an den Feindbund sind bis jetzt nur wenige Anmeldungen eingelaufen.
Es werden deshalb die Landwirte und Viehhalter des Bezirks, be-
vor die zwangsweise Inanspruchnahme eingeleitet wird, wiederholt und
dringend ersucht, freiwillige Abtretungen unverzüglich anzumelden bei dem
Vereinssekretär Obergeometer Gärtner in Wildberg.

Altensteig.

Ia. reine Schmierseife

1 Pfund Markt 2.—
in Eimer à 20 Pfund à Mt. 1.75
in Eimer à 45 Pfund à Mt. 1.70

Ia. Marseiller Kernseife

in ca. 1 Pfund - Stücken Markt 2.—
feinste Gesichtsseife
Auslands Ware, in Stücken 160 Gr. Markt 6.—
empfehlen
Christian Burghard junior.

Seidenstoffe alle Webarten
und Farben
Eolienne, Sabardine, Crep de Chin
Messaline, Taffet, Merveilleux
Halb- und Vollvoile etc.

Kostümfabrik rein wollen, prachtvolle Qualitäten
Kleiderstoffe in halb und reinwollen
Sackstutten in seiden und baumwolle
Weiße Baumwolltuche, Baumwollflanelle
Cattune, Voil, Moussin, Satin etc.

Schleierstoffe auch für Vorhänge geeignet
Samtord für Männer- u. Knabenhosen
Schwere Winterlodenjoppen, Sweateranzüge
Trieohemden u. Hosen für Frauen u. Herren
Einsatzhemden, Gummihosenträger
Wollene Strümpfe, Wolldecken

Philipp Bosh, Wildbad
Telephon 32.

Ein Paar starke
**Läufer-
schweine**
sowie einen starken
**Löwen-
Spitzer**
fehlt dem Verkauf aus
Chr. Reinhardt, Schildmühle.

Altensteig.
Eine neue
Damenjade
für Ältere untersehte Figur passend,
hat im Auftrag zu verkaufen
Heinrich Bühler.

Erstgenz.
Rhein. Fabrik f. selbst. Person f.
dort. Bezirksstille. Ort und Beruf gl.
(kostenlos). Ang. unt. Schiffce a 5520
an Rudolf Mosse Düsseldorf.

Suche
zum baldigen Eintritt ein
Mädchen
für die Küche
Paul Luz
Posthotel, Nagold.

Altensteig.
Einen gut erhaltenen gußeisernen,
runden
Ofen
auch für Kohseuerung eingerichtet,
hat zu verkaufen
Heinrich Müller
Kaschnersstr., Bahnhofstraße.

Fußschweiß
ist höchst, nasse Füße, weiche Haut und
Wundlaufen, zerbröckelnde Strümpf und
Schuh und verbrennt leicht. Abl. Geruch.
Drum fert damit! Sanitas-Fußwas-
ser verhindert jede Schwefelbildung, trock-
nährt, kühlt, strümpf u. Fußsohl. u.
ist eine Wohlthat u. Erleichterung f. Sehermann.
1 Flasche 4.90, 3 Flaschen 12.— Markt.
Sanitas-Verlag Heidelberg. [116.]

